

Protokoll

über den öffentlichen Teil der Sitzung des Kreistages am Donnerstag, 14. März 2024 im Großen Sitzungssaal, Marie-Wagenknecht-Str. 3, Hildesheim

Anwesend: Landrat Bernd Lynack sowie

Mitglieder der SPD-Fraktion

Arlt, Andreas
Bellgardt, Heike
Brede, Christel
Bommersbach, Ludwig
Dreier, Johannes
Ehrig, Marc
Flohr, Simone
Friedemann, Waltraud
Gabel, Friedhelm
Hauk, Martin
Hodur, Karl-Heinz
Homeister, Egbert
Kubat, Pascal
Preissner, Werner
Prell, Andrea
Schellhammer, Dietmar
Schmidt, Siegfried
Siekiera, Iris
Sundermeyer, Tobias
Vornkahl, Martin
Witt, Evelyn

Mitglieder der CDU-Fraktion

Bertram, Ute
Bettels, Dirk
Dr. Bruns, Thomas
Ceglarek, André
Flegel, Bernhard
Gerhardy, Clemens
Grabow, Thomas
Koschorrek, Andreas
Lüder, Justus
Machtens, Heinrich
Prior, Friedhelm
Renner-Köhne, Katy
Schiedeck, Carsten
Spengler, Katharina
Teltemann, Josef
Koschorrek, Andreas

Mitglieder Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Diefenbach, Peter
Domning, Ekkehard
Kolan, Stefan
Kersten-Wilk, Oliver
Ludäscher, Caroline
Ruddigkeit, Gabriele
Schröter-Mallohn, Holger
Dr. Schütte, Holger
Dr. Weber, Susanne
Zürner, Karsten-Rene

AfD-Fraktion

Esse, Manfred
Grugelke, Claus
Meyer, Hans Martin

Fraktion Die Unabhängigen

Offen, Klaus
Stuke, Josef
Wucherpennig, Melissa

FDP-Fraktion

Dr. Fell, Bernd
Dr. Jacobs, Henrik
Lege, Christian

Fraktion DIE LINKE.

Sturm, Joachim
Walla, Fabian

Die PARTEI

Hirbod, Hamun

Einzelabgeordnete

Bosse-Arbogast, Michael
Konstantopoulos, Georgios

GUT für Sarstedt

Warneke, Dirk

Fraktionsgeschäftsführung

SPD-Fraktion – Markus Kroner
CDU-Fraktion - Christin Becker
AfD-Fraktion - Norbert Hüter
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schäfer
Die Unabhängigen - Anja Wucherpennig
FDP-Fraktion - Melanie Partyka
Fraktion DIE LINKE. - Fabian Walla

Verwaltung:

Evelin Wißmann - Erste Kreisrätin
Walter Hansen - Kreisrat
Klaus Rosemann - Leitung Dezernat 1
Benjamin Knollmann - Leitung Dezernat 4
Katina Bruns - Gleichstellungsbeauftragte
Hans-Heinrich Waldeck – Amt 301

Ulrich Voß - Leitung Amt 910
Lena Kubat – Pressestelle Amt 904
Martin Otto – Leitung Amt 904
Nadine Friede - Amt 904 Protokollführung
Tanja Zimmermann – Amt 904

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 21:30 Uhr

Tagesordnung

I. Öffentliche Sitzung

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1.1. Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Antonia Hillberg
- Vorlage 619/XIX
- 1.2. Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Johannes Dreier
- Vorlage 620/XIX
- 1.3. Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Nina Lipecki
- Vorlage 623/XIX
- 1.4. Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Oliver Kersten-Wilk
- Vorlage 624/XIX
- 1.5. Neuwahl einer stellv. Landrätin/eines stellv. Landrates
- Vorlage 625/XIX
2. Genehmigung der Protokolle vom 22.11.2023 und 07.12.2023
3. Einwohnerfragestunde
4. Aktuelle Stunde
- 4.1. Aktuelle Stunde zur Situation der Berufsbildenden Schulen in Hildesheim
- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2024
- Antrag 530/XIX
5. Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages
6. Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
7. Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG
8. Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim
9. Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Hildesheim (LK) und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Bereitstellung von Wohnraum zur Vermeidung von Obdachlosigkeit für Flüchtlinge aus der Ukraine
- Vorlage 595/XIX
10. Umbesetzung der Ausschüsse des Kreistages
- Vorlage 615/XIX
11. Live-Streaming und dauerhaft abrufbare Video-Veröffentlichung aller Kreistags-Sitzungen (öffentlicher Teil)
Antrag der AfD-Fraktion vom 11.02.2024
- Antrag 512/XIX
12. Krankenhausversorgung im Landkreis Hildesheim
- Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2024
- Antrag 528/XIX
13. Delegation personalrechtlicher Befugnisse; Entscheidung über Dienstunfälle
Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2024
- Antrag 516/XIX
14. Kulturentwicklungsplanung 2023 für den Landkreis Hildesheim
- Vorlage 607/XIX
15. Volkshochschule des Landkreises Hildesheim
- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2024

- Antrag 498/XIX
- 16. Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2023
 - Antrag 317/XIX
- 16.1. Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur in Hildesheim
 - Antrag 387/XIX
- 16.2. Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur (JBA) in Hildesheim
 - Antrag der Gruppe vom 13.03.2024
 - Antrag 534/XIX
- 17. Schulbegleitung
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 17.02.2023
 - Antrag 252/XIX
- 18. Schülerbeförderung und Schienenverkehr durch die sog. Lammetalbahn auf der Regionalbahnlinie RB 79 der DB-Tochter Regionalverkehre Start Deutschland
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 04.09.2023
 - Antrag 380/XIX
- 19. Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Dungen
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2024
 - Antrag 496/XIX
- 20. Verkehrsrechtliche Anordnungen im Bereich der Gemeinde Holle, Ortschaft Grasdorf -
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 31.03.2023
 - Antrag 298/XIX
- 21. Entgeltfestsetzung der FTZ für das Jahr 2024
 - Vorlage 569/XIX
- 22. Rettungsdienst im Landkreis Hildesheim
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 01.02.2024
 - Antrag 505/XIX
- 23. Hochwasser- und Bevölkerungsschutz
 - Antrag der FDP und der Unabhängigen vom 17.01.2024
 - Antrag 499/XIX
- 24. Nachtragshaushalt 2024 – hier Einrichtung eines Fachzuges Hochwasserschutz
 - Antrag der Gruppe vom 22.01.2024
 - Antrag 501/XIX
- 24.1. Einrichtung eines Fachzuges Hochwasserschutz
 - Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2024
 - Antrag 511/XIX
- 24.2. Verbesserung der Maßnahmen für den Hochwasserschutz
 - Antrag der Fraktion Die Unabhängigen und der FDP-Fraktion vom 12.02.2024
 - Antrag 514/XIX
- 25. Kita-Vertrag im Haushaltsjahr 2024 -Erhöhung der Auszahlung von Pauschalen für Bauunterhaltung
 - Vorlage 604/XIX
- 26. Planung und Umsetzung der notwendigen Bauprojekte für die Berufsbildenden Schulen
 - Antrag der FDP-Fraktion und der Fraktion die Unabhängigen vom 05.02.2024
 - Antrag 509/XIX
- 26.1. Planung und Umsetzung der notwendigen Bauprojekte für die berufsbildenden Schulen
 - Antrag von FDP und Unabhängigen vom 11.03.2024
 - Antrag 531/XIX
- 26.2. Erwerb und Planung der notwendigen Bauprojekte für die Berufsbildenden Schulen
 - Antrag der CDU-Fraktion, der Unabhängigen und der FDP vom 14.03.2024
 - Antrag 536/XIX
- 27. Unterrichtung über Eilentscheidungen bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2023

- Vorlage 597/XIX
- 28. OD Betheln, L 480 stationäre Geschwindigkeitsüberwachung und Verkehrszählung
 - Vorlage 496/XIX
- 28.1. OD Betheln, L 480 stationäre Geschwindigkeitsüberwachung und Verkehrszählung
 - Vorlage 496/XIX - 1
- 29. Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
 - Vorlage 608/XIX
- 30. Anfragen
- 31. Mitteilungen der Verwaltung

Ergebnis der Sitzung:

TOP 1:

Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Vors. KTA Ehrig stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Ehrig teilt mit, dass es eine Veränderungsvorlage seitens der Verwaltung gibt, weil sich die Fraktion Die Linke zum Ende letzten Jahres aufgelöst hat. Die Abgeordneten haben der Verwaltung mitgeteilt, dass der Abgeordnete Sturm erstmal für sich alleine bleibt und der Abgeordnete Walla sich der Mehrheitsgruppe anschließt.

KTA Preissner verweist auf den Antrag zur Durchführung einer aktuellen Stunde und teilt diesbezüglich mit, dass die Geschäftsordnung keine weitere Einwohnerfragestunde vorsieht. Insofern wird die Gruppe einer Sitzungsunterbrechung nicht zustimmen. Die Einwohnerfragestunde sollte für Anfragen, Anliegen und Sorgen genutzt werden.

Vors. KTA Ehrig fasst zusammen, dass die Punkte 12, 17,18,20,22 und 23 von der TO gestrichen werden. Der TOP 10 und 26 werden verschoben.

Die sich so ergebende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 1.1:

Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Antonia Hillberg

- Vorlage 619/XIX

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim stellt fest, dass Frau Antonia Hillberg ihr Kreistagsmandat gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG durch schriftliche Verzichtserklärung verloren hat.

- einstimmig beschlossen -

TOP 1.2:

Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Johannes Dreier

- Vorlage 620/XIX

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 1.3:

Feststellung des Sitzverlustes der Kreistagsabgeordneten Nina Lipecki

- Vorlage 623/XIX

KTA Stuke trägt vor, dass Frau Lipecki für die wichtigen Belange des Naturschutzes fehlen werde. Ihre Kompetenz sei beeindruckend und sie habe sich intensiv engagiert.

Beschluss:

Der Kreistag des Landkreises Hildesheim stellt fest, dass Frau Nina Lipecki ihr Kreistagsmandat gemäß § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG durch schriftliche Verzichtserklärung verloren hat.

- einstimmig beschlossen -

TOP 1.4:

Verpflichtung von nachrückenden Ersatzpersonen; hier: Oliver Kersten-Wilk

- Vorlage 624/XIX

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

LR Lynack verpflichtet Herrn Dreier und Herrn Kersten-Wilk.

TOP 1.4.1:

Umsetzung der Ausschüsse des Kreistages

- Vorlage 615/XIX

Beschluss:

Der Kreistag beschließt das Ausschussverzeichnis in der Form, wie es der Vorlage 615/XIX als Anlage im Kreistagsinformationssystem beigefügt ist.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 1.5:

Neuwahl einer stellv. Landrätin/eines stellv. Landrates

- Vorlage 625/XIX

KTA Schröter-Mallohn schlägt Peter Diefenbach vor. Dieser habe bereits über Parteigrenzen hinaus bewiesen, dass er ein würdiger Nachfolger für Frau Lipecki wäre.

KTA Dr. Fell bemerkt, dass die stellv. Landräte und Landrätinnen eine repräsentative Funktion für die Vertretung des gesamten Kreistages hätten. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn auch die kleineren Fraktionen im Vorfeld darüber informiert worden wären, wer heute vorgeschlagen werde. Dennoch schätze er Herrn Diefenbach und werde der Wahl zustimmen.

Vors. KTA Ehrig stimmt KTA Dr. Fell grundsätzlich zu. Eine Vorabinformation an alle Fraktionsvorsitzenden wäre wünschenswert gewesen. Allerdings habe Frau Lipecki ihr Mandat erst relativ kurz vor der Sitzung niedergelegt, so dass zunächst interne Beratungen stattfinden mussten.

Da keine weiteren Vorschläge vorliegen und niemand eine geheime Wahl beantragt, wird offen abgestimmt.

Beschluss:

Zur stellvertretenden Landrätin/zum stellvertretenden Landrat wird gewählt: Peter Diefenbach

- einstimmig beschlossen -

TOP 2:

Genehmigung der Protokolle vom 22.11.2023 und 07.12.2023

Die Protokolle vom 22.11.2023 und 07.12.2023 werden genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 3: **Einwohnerfragestunde**

Herr Lehmann stellt einige Fragen in Sachen Windenergie im Raum Bockenem.

Fragen:

1. Wo sind im Ambergau welche Flächen für WE-Projekte geplant?
2. Welcher Projektentwickler / Investor plant im Ambergau konkret?
3. Wie viele WEA sind (im Idealfall) jeweils geplant?
4. Wann initiiert die Kreisverwaltung als kommunale Aufsichts- und Genehmigungsbehörde eine zentrale Informationsveranstaltung (analog Schellerten) in Bockenem, an der
 - a) alle Projektentwickler / Investoren teilzunehmen
 - und
 - b) Fragen der Bürger zu beantworten haben?
5. Anwendung der zwischen Landesregierung und komm. Spitzenverbänden pol. geeinte Kappung auf 4 % im LK Hildesheim?

Antworten der Verwaltung:

Zu Frage 1, 2 und 3:

Das Umweltamt hat als Genehmigungsbehörde nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bisher nur von zwei Investoren offizielle Angaben über die Planung von weiteren Windenergieanlagen im Gebiet der Stadt Bockenem erhalten. Es handelt sich hierbei zum einen um die JL re. Erneuerbare GmbH, welche Anfang März 2024 über die Planung von bis zu sechs WEA westlich der Ortschaften Bültum und Upstedt bzw. nördlich Klein Ilde informiert hat. Zum anderen hat die Energiekontor AG das Umweltamt im September 2023 über Planungen im Bereich der Ortschaft Mahlum informiert, ohne hierbei jedoch konkretere Unterlagen vorzulegen bzw. genaue Angaben über die Anzahl der geplanten WEA zu machen.

Andere Investoren oder Projektentwickler sind bisher nicht mit dem Umweltamt in Kontakt getreten. Insofern verfügt das Umweltamt über etwaige weitere Planungen im Gebiet der Stadt Bockenem auch keine konkreten Informationen.

Zu Frage 4:

Im Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz sind Informationsveranstaltungen nicht vorgesehen.

Zu Frage 5:

Die Kappung auf 4 % gilt laut vorliegendem Entwurf des niedersächsischen Gesetzes zur Steigerung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land ausdrücklich nur für Regionalplanungsträger. Das dadurch der Wert für den Landkreis Hildesheim noch mal erhöht wird, was wiederum zu noch höheren Werten bei einzelnen Kommunen führt, wird vom Land Niedersachsen billigend in Kauf genommen. Der Landkreis Hildesheim hat diesen Umstand beim Land vorgebracht und um Abhilfe gebeten. Das o.g. Gesetz soll noch im April beschlossen werden, nach hiesiger Kenntnis ist der Kappungswert unverändert.

Frau Reinhart von der Herman-Nohl-Schule stellt die Frage wie der Landkreis die Abwanderung von Lehrkräften bzw. das Wegbrechen von Fachkräften verhindern möchte, wenn keine Entscheidung getroffen wird wo die Schule ein neues Gebäude bekommt, wo auch ausreichend Platz und eine adäquate öffentliche Verkehrsanbindung vorhanden ist.

EKR Hansen antwortet direkt zu dieser Anfrage und teilt mit, dass die Verwaltung ein sehr großes Interesse daran hat, die Schule in einen Neubau oder ähnlich neu sanierten Gebäude unterzubringen. Ebenfalls befürwortet die Verwaltung den Standort in Hildesheim aufgrund der verkehrsgünstigen Lage. Es wurde gegenüber der Stadt Hildesheim deutlich gemacht, dass die Busverbindungen verbessert werden müssen. Diesbezüglich fand eine Veranstaltung zwischen der Stadtverwaltung und Landkreisverwaltung statt, in dieser wurden sämtliche Punkte erörtert und herausgearbeitet. Daher sind dies gute Voraussetzungen für ein einvernehmliches Verkehrskonzept.

Frau Bettels stellt eine Frage zur Veranstaltung zum internationalen Frauentag. Dort wurde angeblich einer Frau die Bühne gegeben, welche die Hamas verteidigt hat. Die Frage an die Verwaltung wie so etwas denn sein kann.

LR Lynack teilt mit, dass er selbst nicht an dieser Veranstaltung teilgenommen hat. Er bittet um Gelegenheit dies mit der Gleichstellungsbeauftragten Frau Bruns zu klären. Im Anschluss wird Frau Bruns Kontakt zu Frau Bettels aufnehmen.

Ein Bürger aus dem Publikum bemängelt, dass die Schulen als Betroffene nicht ausreichend informiert werden und sich die Informationen aus der Presse holen müssen. Gerade in Bezug auf mögliche Standorte.

EKR Hansen erläutert, dass der Stand der Gespräche mit der Stadt Hildesheim, die vollumfängliche Umsetzung der Ergebnisse der Phase 0 ist. Desweiteren berichtet er, dass das Gebäude in der Steuerwalder Str. in einem Zustand ist, den man nicht mehr lange so aufrechterhalten kann. Daher sollte man eine Lösung finden. Er teilt mit, dass es natürlich einen Plan B, Plan C gibt, diese allerdings qualitativ mit Einschränkungen verbunden sind. Grundsätzlich wird er, natürlich zuerst das Gespräch mit den betroffenen Schulen gesucht, die beruflichen Schulen werden vom Landkreis außerordentlich wertgeschätzt und als ein wesentlicher Teil der Bildungsinfrastruktur angesehen.

Herr Seeger (Schulleiter der Werner-von-Siemens-Schule) stellt die Frage, welche Rolle der Landkreis den Berufsbildenden Schulen im Zusammenhang mit dem Themenfeldern Fachkräftemangel, Migration und Integration in den Arbeitsmarkt zu geben gedenkt. Desweiteren fragt er, ob der Landkreis Hildesheim sich an die Ergebnisse der Phase 0 gebunden fühlt. Ebenso stellt er die Frage, ob die Planungsunterlagen für den Auftrag der Phase 0 offengelegt wurden und die zuständigen Planer wissen, ob es sich bei dem Projekt um eine Schule handelt.

Herr Rosemann berichtet daraufhin, dass die Planer in Absprache mit Herrn Hansen über die Grundlagen der Phase 0 Bescheid wissen. Ferner teilt Herr Rosemann mit, dass am 11.04.2024 eine Veranstaltung zum Thema der Standortfrage stattfinden wird.

Frau Reinhardt (Publikum) äußert noch einmal den Wunsch, dass die Schulen zukünftig besser und viel mehr mit einbezogen werden sollen, um aktiv an der Planung beteiligt sein zu können und selber mitzugestalten.

LR Lynack fasst abschließend zusammen, dass es Ziel von Politik und Verwaltung ist, das Ergebnis der Phase 0 umzusetzen. Es geht lediglich noch darum, dafür geeignete Flächen zu finden. Dabei hat sich herauskristallisiert, dass dafür lediglich eine Fläche in Frage kommt und darüber finden nun zunächst Gespräche zwischen Verwaltungen und politischen Entscheidern beider Häuser statt, um dann der Öffentlichkeit hoffentlich den Erfolg der Phase 0 zu verkünden.

Vors. KTA Ehrig beendet nun die Bürgersprechstunde und bedankt sich bei allen Vortragenden und Zuhörern für die konstruktive Beteiligung. Nun folgt die beantragte Aktuelle Stunde mit der Überschrift SOS BBS.

TOP4

Aktuelle Stunde

KTA Bertram erinnert wie wichtig das Thema der Berufsbildenden Schulen für Hildesheim und den Wirtschaftsstandort ist und der Fokus auf das Projekt der Erneuerung gelenkt werden soll. Sie teilt mit, dass die Phase 0 abgearbeitet wurde und nun Entscheidungen getroffen werden sollten. Frau Bertram ist der Ansicht, dass nicht auf die Stadt Hildesheim gewartet werden kann, da keine Zeit mehr da ist. Sie fordert, dass in dieser brisanten Situation der Landrat an der Spitze der Bewegung sitzen sollte und schnellstmöglich mit der Stadt Hildesheim ein Beschluss gefasst werden soll. Ansonsten muss ein Plan B her. Die CDU- Fraktion stellt zusammen mit den Unabhängigen und der FDP im Anschluss einen Vorschlag den sie unterbreiten wollen.

KTA Schiedeck ist schockiert darüber, dass schon Pläne B, C und D diskutiert werden müssen und weißt daraufhin, dass man hellhörig werden sollte und stellt elementare Fragen. Wird nun an einem oder an mehreren Standorten gearbeitet? Wird irgendwann ein Neubau kommen? Abschließend äußert er den Wunsch, dass endlich etwas Konkretes kommt und nicht eine ganze Generation von jungen Leuten vernachlässigt bzw. vor den Kopf gestoßen wird.

KTA Dr. Jacobs wünscht sich ebenfalls ein aktives Einbeziehen der BBS. Ferner teilt er mit, dass die Situation frustrierend ist und lediglich eine Stagnation der Phase 0 zu beobachten ist. Er bemängelt, dass wir im Punkt BBS und der Standortfrage eine Konkurrenzsituation mit Hannover und Braunschweig haben. Die Frage ist nun, was ist mit der Phase 0 und verkauft die Stadt Hildesheim das Grundstück in der von-Thünen-Straße?

KTA Bettels vertritt ebenfalls die Auffassung, dass die Stadt Hildesheim aufgefordert werden muss, den einzigen sofort verfügbaren Platz für eine große Lösung auf drei Hektar zu schaffen. Das sei die Lösung am Güterbahnhof, eine hervorragende Anbindung und verfügbar innerhalb der nächsten Zeit. Im Anschluss der Aktuellen Stunde soll ein Antrag diesbezüglich folgen.

KTA Esse stellt noch einmal die Wichtigkeit einer guten schulischen Fachausbildung in den sozialen, handwerklichen oder in den elektronischen Bereichen fest und das in den diesen Bereichen dringend Fachkräfte gesucht und gebraucht werden. Dies zeigt deutlich, wie wichtig diese Berufsbildenden Schulen für Hildesheim eigentlich sind. Er bittet hier nun ergebnisorientiert tätig zu werden.

KTA Stuke fordert ebenfalls, dass sich intensiver um die Zukunft der Berufsbildenden Schulen gekümmert werden muss und die dafür notwendigen Entscheidungen herbeigeführt werden müssen. Solange aber noch nicht einmal feststeht, von welchen Standorten auszugehen ist, dürfte es auch nicht möglich sein, eine belastbare Kostenschätzung durchzuführen. Fraglich ist auch, ob die Kreisverwaltung organisatorisch und personell in der Lage ist, die bisherigen Planungsvarianten umzusetzen. Wir haben zwei unterschiedliche zuständige Dezernate mit ihren Ämtern. Wem obliegt nun die Federführung. Für dieses Projekt wird jedoch eine gewisse Kontinuität benötigt. Organisatorische und personelle Veränderungen führen dazu, dass das Projekt verloren geht und die Erreichung des Ziels gefährdet ist. Herr Stuke fordert, dass jetzt die notwendigen Entscheidungen getroffen werden müssen.

LR Lynack meldet sich zu Wort und fasst zusammen, dass der Kreistag beschlossen hat die Phase 0 umzusetzen und die Planungen hinsichtlich des Grundstücks in der Von-Thünen-Straße weiterzuverfolgen. Der derzeitige Zustand der Berufsbildenden Schulen kann nicht weiter hingenommen werden und insbesondere sollen die Sicherheitsmängel abgestellt werden. Am 11.04.2024 tritt das Gremium erneut zusammen und versucht die Stadt davon zu überzeugen, die Von-Thünen-Straße dafür zu bekommen, um dort einen Neubau zu realisieren.

KTA Kubat weist auf eine Informationsveranstaltung zum Thema BBS hin, welche die Kreisverwaltung gut aufgearbeitet hat mit Vor- und Nachteilen. Daraus sein noch zwei offene Punkte zu klären, zum einen der ÖPNV und zum anderen die Parkplatzsituation. Aber man sollte es vielleicht mal so sehen, dass aus diesen zwei Problemen, zwei positive Synergieeffekte für die Schulen und für den Stadtteil geschaffen werden können.

KTA Preissner stimmt in Bezug auf die Kosten in der Standortfrage Herrn Stuke zu. Die Mehrheitsgruppe möchte spätestens bis Mitte diesen Jahres, oder auch früher, eine Entscheidung in der Standortfrage treffen. Damit, falls es diesbezüglich keine Einigung geben sollte, noch über alternative Standorte gesprochen werden kann. Ferner teilt er mit, dass ein Ausbau des Bustransfers und die Bereitstellung ausreichender Parkplätze noch auszuarbeiten ist.

KTA Domning teilt mit, dass der Schulausschuss sich mit den inhaltlichen Fragen befasst und der Bauausschuss, mit der baulichen Ausgestaltung. Hier sieht Herr Domning die Gefahr das die Phase 0 immer durcheinander gewürfelt wird. Die Phase 0 ist aber die Grundlage und hat auch ihre Berechtigung.

KTA Prior bemängelt, wie man ohne ein Grundstück überhaupt so ein Projekt planen kann und verweist auf die Mehrheitsgruppe im Stadtrat, die jetzt für eine Entscheidung verantwortlich ist. Ferner berichtet er, dass die CDU-Fraktion zusätzliche Vorschläge zur Problemlösung gemacht hat. Desweiteren warnt er davor, dass man mit 250 Millionen Euro nicht mehr hinkommt. Herr Prior rechnet eher mit 350 bis 450 Millionen Euro. Er bittet um zusätzliche Planungen und Möglichkeiten, welche dann auch in Erwägung gezogen werden sollten.

KTA Schröter-Mallohn fasst noch mal abschließend zusammen, dass zu Recht die städtische Politik natürlich auch darauf achten muss, ob das Projekt Neubau der BBS auf die Akzeptanz der dortigen Bevölkerung stößt. Bei dem Termin am 11.04.2024 mit der Stadt Hildesheim muss die Stadtpolitik sich in welcher Form auch immer erklären und dann wird erst deutlich, ob Plan A beibehalten werden kann oder zu einem Plan B umgestiegen werden muss.

TOP 4.1.1:

Aktuelle Stunde zur Situation der Berufsbildenden Schulen in Hildesheim

- Antrag der CDU-Fraktion vom 07.03.2024 - Antrag 530/XIX

TOP 4.1.2:

Planung und Umsetzung der notwendigen Bauprojekte für die berufsbildenden Schulen

- Antrag von FDP und Unabhängigen vom 11.03.2024
- Antrag 531/XIX

TOP 4.1.3:

Erwerb und Planung der notwendigen Bauprojekte für die Berufsbildenden Schulen

- Antrag der CDU-Fraktion, der Unabhängigen und der FDP vom 14.03.2024
- Antrag 536/XIX

KTA Bertram stellt den neuen Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zusammen mit der FDP und den Unabhängigen vor. Sie berichtet, dass dieser gemeinsame Antrag in eine Richtung zielen soll damit auch klar ist, was passiert, wenn die Von-Thünen-Straße nicht realisiert wird. Als Alternative in diesem Konzept soll auch in Betracht kommen, dass in der nächsten Kreistagssitzung im Juni dann zu beschließen ist wie weiter verfahren wird. Damit endlich Klarheit herrscht was mit den Berufsbildenden Schulen passieren soll.

KTA Dr. Jacobs teilt mit dass, in zwei Monaten ein Plan B also ein alternatives Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden sollte. Somit sollte im Kreistag im Juni entschieden werden wie dann weiter verfahren wird.

LR Lynack wünscht daraufhin das Wort und erklärt, dass er mit dem zweiten Punkt des Antrags nicht einverstanden ist, das von Investoren eine Ausschreibung vorgenommen werden soll denn das Thema ist schon längst vom Tisch. Dem ersten Punkt des Antrags stimmt der Landrat zu, da er auch den Willen zur Einigung hat.

KTA Schröter-Mallohn teilt mit, dass ein alternatives und realisierbares Konzept für die zeitnahe Umsetzung der Bauprojekte der Berufsbildenden Schulen vorzulegen ist, damit es in der Kreistagssitzung am 20.06.2024 beschlossen werden kann. Der Vorschlag der Mehrheitsgruppe ist, es wird alles zurückgezogen und es wird sich auf den Landrat verlassen, wenn er bei diesem Vorschlag bleibt.

KTA Bettels ist der Ansicht, dass nicht nur geredet werden sollte, sondern es muss endlich gebaut werden.

KTA Meyer macht deutlich, dass ein Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung muss. Es wurde mehrfach angesprochen, dass die Stadtpolitik hier angehalten sei Stellung zu beziehen. Doch in Anbetracht der Tatsache, dass der Stadtrat erst am 13.05. wieder zusammenkommt, können die Gremienläufe nicht eingehalten werden, um eine Entscheidung herbeizuführen, die diesen Standort überhaupt in Erwägung zieht.

KTA Prior teilt ferner mit, dass eine Entscheidung am 20.06. im Kreistag getroffen werden soll. Seitens der Kreisverwaltung gibt es die Möglichkeit, bauplanungsrechtlich die Grundstücke in der Von-Thünen-Straße zu nutzen. Er verweist auf die Dringlichkeit in dieser Angelegenheit und auf eine verkürzte Ladungsfrist der städtischen Gremien. KTA Prior stellt den Antrag auf eine 5-minütige Sitzungsunterbrechung.

Vors. KTA Ehrig lässt über den Antrag abstimmen, dem wird zugestimmt und somit wird die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

KTA Domning wünscht sich, dass Richtung Verwaltung ein bisschen Platz und Luft zum Atmen geschaffen wird in Bezug auf die Standortfrage. Die Herman-Nohl-Schule muss zwingend an einem Standort zusammenrücken, um eine Schulablauf zu gewährleisten. Er bittet darum zu berücksichtigen, dass er lediglich Kritik an der Stadt übt jedoch kein Bashing.

KTA Stuke ist erfreut, dass sich alle gemeinsam so verständigt haben, dass allen bewusst, dass die Kreistagsentscheidung über den Standort nun getroffen werden muss. Der 20.06.2024 ist nun das Ziel. Herr Stuke erinnert noch mal daran, dass ein Wirtschaftlichkeitsberechnung durchzuführen ist, ob nicht ein Neubauvorhaben für alle BBS günstiger ist. Er appelliert an die Mehrheitsgruppe, dass sie dem zweiten Teil des Beschlussvorschlags zustimmen sollen.

KTA Preissner fasst zusammen, dass wenn der Landkreis und die Stadt Hildesheim bis zum 30.04. keine inhaltliche Einigung zu den für die BBS erforderlichen Grundstücken und dabei insbesondere über den Verkauf bzw. Erwerb von ein oder zwei Grundstücken in der Nähe Von-Thünen-Straße erzielen, den Kreistagsgremien spätestens bis zum 31.05.2024 ein alternatives und realisierbares Konzept für die zeitnahe Umsetzung der Bauprojekte der BBS vorzulegen ist. Damit in der Kreistagssitzung am 20.06.2024 ein Beschluss gefasst werden kann. Es wird über den ersten und zweiten Absatz getrennt abgestimmt, dass ist der Vorschlag der Mehrheitsgruppe.

KTA Kubat bemängelt, dass nicht über das Thema Bus und Parkplätze gesprochen wird. Dabei sollte der Fokus auf diesem Thema liegen.

KTA Dr. Jacobs findet es sehr gut, dass hier gemeinsam einen Kompromissvorschlag vorgelegt wurde und darüber nun abgestimmt werden kann.

Vors. KTA Ehrig lässt nun über den Beschluss abstimmen.

Beschluss:

1. Wenn der Landkreis und die Stadt Hildesheim bis zum 30.04.2024 keine inhaltliche Einigung zu den für die Berufsbildenden Schulen erforderlichen Grundstücken und dabei insbesondere über den Verkauf bzw. Erwerb von einem oder zwei Grundstücken in der von Thünen-Straße erzielen, ist den Kreistagsgremien bis zum 31.05.2024 ein alternatives und realisierbares Konzept für die zeitnahe Umsetzung der Bauprojekte der Berufsbildenden Schulen vorzulegen, damit es in der Kreistagssitzung am 20.06.2024 beschlossen werden kann.

-einstimmig beschlossen-

2. Als eine Alternative in dem Konzept kommt in Betracht, in der Kreistagssitzung am 20.06.2024 zu beschließen:
Für einen neuen gemeinsamen Standort der Berufsbildenden Schulen wird in einer geeigneten und möglichst kurzfristig durchzuführenden Ausschreibung ein Investor gesucht, der die notwendigen Gebäude errichtet und sie anschließend dem Landkreis vermietet, zum Erwerb oder zum Mietkauf anbietet.

-mehrheitlich abgelehnt-

Vors. KTA Ehrig unterbricht die Sitzung bis 19:30 Uhr.

TOP 5:

Bekanntgabe von Beschlüssen aus nichtöffentlicher Sitzung des Kreistages

LR Lynack teilt mit, aus dem Protokoll vom 22.11.2023, da wurde Herr Waldeck zum Kreisverwaltungsrat ernannt und eine planmäßige Aufwendung im Haushaltsjahr 2023 Zustimmung erteilt. Am 07.12.2023 war die Eingruppierung und Bestellung zur Amtsleitung des Gesundheitsamtes von Frau Kirschner.

TOP 6:

Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses

LR Lynack berichtet darüber, dass der KA am 12.02.2024 zu folgenden Themen getagt hat: Verbesserungen der Maßnahmen für den Hochwasserschutz bezüglich eines Antrages der Unabhängigen und der FDP; Durchführung des niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes, die Verlängerung der Beauftragung und die Vergabe von Aufträgen, Durchführung eines Vergabeverfahrens zur Beschaffung eines Dekontaminationsmehrzweckfahrzeugs für den ABC-Zug neue Entgeltfestsetzung für die FTZ Beratung und Begleitung bei der Durchführung einer ganzheitlichen Beschaffungsmaßnahme für die Michelsenschule.

TOP 7:

Anregungen und Beschwerden gem. § 34 NKomVG

Es liegen keine Anregungen oder Beschwerden vor.

TOP 8:

Flüchtlingssituation im Landkreis Hildesheim

LR Lynack informiert darüber, dass es seit Beginn diesen Jahres nur noch Zuweisungen von wöchentlich 10 Personen gibt, was nicht bedeutet, dass sich die Lage entspannt hat. Im Sommer werden die Flüchtlingsrouten wieder geöffnet, dann muss wieder mit mehr Zuströmen gerechnet werden. Ferner berichtet Herr Lynack, dass es eine Kapazität von Plätzen gibt, davon für Asylbewerberinnen und Asylbewerber von 915 und 136 für Ukrainerinnen und Ukrainer. Insgesamt sind 267 Plätze frei, 240 frei Plätze für Menschen nach dem AsylbLG und 27 freie Plätze für Menschen aus der Ukraine. Des Weiteren gibt Herr Lynack bekannt, dass die letzte noch belegte Turnhalle zum Ende diesen Monats wieder freigegeben wird.

TOP 9:

Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Hildesheim (LK) und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Bereitstellung von Wohnraum zur Vermeidung von Obdachlosigkeit für Flüchtlinge aus der Ukraine - Vorlage 595/XIX

KTA Lüder meint, der Vertrag regle überwiegend das Thema Geld und die CDU lehne den „Ukrainer Kostenverteilungsvertrag“ ab. Städte und Gemeinden seien nicht verpflichtet die Kosten für vertragliche Verpflichtungen des Landkreises zu übernehmen. Den Städten und Gemeinden fehle es an Geld vor Ort und sie dürften anfallende Unterbringungskosten, welche nicht nachweislich erforderlich sind, nicht übernehmen.

KTA Stuke stimmt der Argumentation des KTA Lüder zu, die Unabhängigen lehnen die Vorlage auch ab. Die finanziellen Auswirkungen wären nicht dargestellt und die Abrechnung für 2023 stehe außerdem noch aus. Städte und Gemeinden seien bereits durch andere Aufgaben sehr belastet. Zudem gäbe es keine Rechtsgrundlage durch das Land; dem solle man deutlich machen, dass weder Städte, Gemeinden noch Landkreis bereit seien, solche finanziellen Verpflichtungen aufzunehmen.

KTA Domning betont die Notwendigkeit der Vereinbarung und dass die Gemeinden damit bisher gut zurechtkämen. Sie schütze einzelne Gemeinden vor übermäßiger Inanspruchnahme aufgrund von ungleichmäßiger Verteilung der Flüchtlinge. Große Teile der Aufwendungen auf den ganzen Landkreis aufzuspalten sei ein Schutz, denn das Eintreten der Obdachlosigkeit verursache möglicherweise viel größere Kosten.

KTA Dr. Jacobs weist darauf hin, dass es keine Rechtsgrundlagen gibt, welche die Kostenverteilung konkretisiert und dementsprechend die Vereinbarung nicht abgeschlossen werden müsse. Juristisch sei es umstritten, ob es aufgrund der Obdachlosigkeit unter das Gefahrenabwehrrecht fällt. Die Rechtslage sei zu unklar um zustimmungsfähig zu sein. Notwendig wäre es beim Land Druck zu machen um Rechtsklarheit zu schaffen.

KTA Prior erläutert seinen Standpunkt, dass der Landkreis als Sozialbehörde in jedem Fall für die Flüchtlinge zuständig sei. Gelten diese nicht als Obdachlose wäre dies von vornherein der Fall. Als Obdachlose wären die Gemeinden aufgrund des Gefahrenabwehrrechts verpflichtet, Obdach zu gewähren und könnten daraufhin bei den Flüchtlingen, die Anspruch auf Sozialhilfe haben, die Unterbringungskosten einfordern. Diese Unterbringungskosten würden dann wiederum von der Sozialbehörde übernommen.

Außerdem wäre in der Rechtsprechung mehrfach geklärt, dass die Sozialbehörde den Auftrag habe, Obdachlosen eine Wohnung nach Sozialhilfestandard zur Verfügung zu stellen. Das keine Wohnungen verfügbar wären, könne nicht dazu führen, dass die Gemeinden deswegen zahlen müssen.

Weiterhin wäre es keine gerechte Lösung, da man bei der unterschiedlichen Verteilung nicht nur die Kosten berücksichtigen dürfe, sondern auch die Betreuung und weitere Leistungen von den jeweiligen Gemeinden zu tragen wären.

Zum Schluss fasst KTA Prior zusammen, dass der Landkreis eine Lösung finden solle, da er die Sozialbehörde sei, das Problem überregional sei und das Jobcenter auch zum Landkreis gehöre.

LR Lynack erinnert daran, dass die rechtlichen Probleme bereits von Anfang an bestanden, es gehe aber um Menschen und man könne diese Menschen nicht auf die Straße setzen, weil nicht erkenntlich wäre, wer zuständig sei.

Er fühle sich als Landrat verpflichtet mit der Verwaltung diese Aufgaben zu übernehmen, zumal die Gemeinden darum bitten, weil sich selbst nicht in der Lage sehen.

Beschluss:

Der Landrat wird ermächtigt, zur weiteren Regelung der Lastenverteilung die Fortschreibung der Vereinbarung zwischen dem Landkreis Hildesheim (LK) und den Städten, Samtgemeinden und Gemeinden über die Bereitstellung von Wohnraum zur Vermeidung von Obdachlosigkeit für Flüchtlinge aus der Ukraine (siehe Anlage 1) abzuschließen.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 10:

**Live-Streaming und dauerhaft abrufbare Video-Veröffentlichung aller Kreistags-Sitzungen
(öffentlicher Teil)**

Antrag der AfD-Fraktion vom 11.02.2024

- Antrag 512/XIX

KTA Meyer stellt den Antrag seiner Fraktion vor, wonach der Kreistag mehr Öffentlichkeit herstellen soll, indem alles öffentlich diskutiert und die Sitzungen online abgehalten werden. Mit den hier zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten, kann dieses Level erreicht werden. Außerdem sei der Landkreis Hildesheim ein Flächenlandkreis. Dies führt teilweise zu relativ hohen Entfernungen zum Kreishaus. Diese Entfernungen stellen für Interessierte Hürden dar an Kreistagssitzungen teilzunehmen. Online übertragene Sitzungen wären überdies ein barrierefreies Angebot. Eine online-Übertragung der Sitzungen würden auch für Transparenz sorgen, indem eine breitere Masse von Bürgern, die sich für die Politik des Kreistages interessieren, erreicht werden kann.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 11:

Delegation personalrechtlicher Befugnisse; Entscheidung über Dienstunfälle

Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2024

- Antrag 516/XIX

KTA Prior berichtet, dass in der Zwischenzeit ein Beschluss im Kreisausschuss gefasst wurde. Dort wurde beschlossen, dass die Aufgabe vom Kreisausschuss auf den Landrat delegiert wird. Dort wird dann entschieden, ob ein Dienstunfall vorliegt oder nicht. Herr Prior teilt ferner mit, dass in dem Beschlussvorschlag seitens der CDU der Verdacht besteht, dass ein Dienstunfall vorsätzlich herbeigeführt worden ist und über die Anerkennung des Dienstunfalls. Nach Auffassung der CDU soll in solchen Fällen ein neutrales Verfahren geben, daher sollte in diesen Fällen der Kreistag über die Anerkennung eines Dienstunfalls entscheiden.

KTA Dr. Schütte teilt daraufhin mit, dass die Mehrheitsgruppe diesem Antrag der CDU nicht folgen wird, da er einfach unlogisch sei. Erstens sind Kreisausschuss und Kreistag zwar unterschiedliche Organe, aber die Mitglieder des einen Organs des Kreisausschusses sind alle zugleich auch Mitglied des zweiten Organs des Kreistages. Zweitens würde die Entscheidung der Kreistag befundet, dass es einen Dienstunfall gegeben hat, der mutwillig herbeigeführt wurde, zwingend beinhalten, dass damit auch das Vorliegen eines Dienstunfalls vom Kreisausschuss festgestellt wurde.

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 12:

Kulturentwicklungsplanung 2023 für den Landkreis Hildesheim

- Vorlage 607/XIX

Beschluss:

Der Kreistag erklärt mit der nunmehr vorliegenden finalen Version der "Kulturentwicklungsplanung 2023 für den Landkreis Hildesheim - Analyse, Empfehlungen, Prozess" den Auftrag der Bietergemeinschaft aus Netzwerk Kultur und Heimat Hildesheimer Land e. V. sowie Institut für Kulturpolitik der Universität Hildesheim zur Fortführung der Kulturentwicklungsplanung als erfüllt. Die Kulturentwicklungsplanung 2023 dient fortan als Grundlage seiner kulturpolitischen Entscheidungen und ersetzt die Kulturentwicklungsplanung aus dem Jahr 1999.

- einstimmig beschlossen -

TOP 13:

Volkshochschule des Landkreises Hildesheim

- Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2024

- Antrag 498/XIX

- Gilt als behandelt -

TOP 14:

Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur

- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2023
- Antrag 317/XIX

KTA Bettels fasst die zwei Anträge die vorliegen zusammen, die Verwaltung wird beauftragt, im Kreistag bis zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 28. August 2024, Maßnahmen und Zeitplan für die vollständige Einrichtung der Jugendberufsagentur vorzulegen und die zur Umsetzung des Planes erforderlichen Mittel im Haushaltsjahr Plan 2025 umzusetzen. Das Ziel soll der 01. Januar 2025 sein, um eine Jugendberufsagentur in der Nordstadt zu etablieren, um dort die notwendigen Rechtskreis übergreifenden Beratungen und Maßnahmen erfolgreich umsetzen zu können.

KTA Flohr teilt dazu mit, dass die Mehrheitsgruppe einen differenzierten Antrag eingereicht hat, da seit längerer Zeit intensive Gespräche mit den drei Rechtskreisen laufen. Die Walter-Gropius-Schule ist lediglich eine Übergangslösung und es müssen andere Lösungen gefunden werden. Frau Flohr berichtet, dass der 28.08. abgewartet werden soll und das Konzept angehört werden soll. Anschließend gibt es unterschiedliche Varianten, wie Haushaltsmittel in den Haushalt mit aufgenommen werden können. Entweder über Anträge oder über die Verwaltung.

TOP 14.1:

Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur in Hildesheim

- Antrag 387/XIX

- mehrheitlich abgelehnt -

TOP 14.2:

Weiterentwicklung der Jugendberufsagentur (JBA) in Hildesheim

- Antrag der Gruppe vom 13.03.2024

- Antrag 534/XIX

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt die drei Rechtskreise der JBA, Landkreis Hildesheim-Amt 406, Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter, aufzufordern die Weiterentwicklung der JBA in Hildesheim konzeptionell darzulegen und im Jugendhilfeausschuss in seiner Sitzung am 28.08.2024 vorzustellen. Darauf basierend soll der Betrieb der JBA in Hildesheim spätestens zum 01.01.2025 starten.

- mehrheitlich beschlossen -

TOP 15:

Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Düngen

Antrag der CDU-Fraktion vom 16.01.2024

- Antrag 496/XIX

KTA Renner-Köhne fragt nach dem Sachstand bezüglich der Anfrage beim Ministerium, da der LR zum Antrag Tempo 30 vor Kindergärten in Hotteln und Groß Düngen Bedenken geäußert hat.

LR Lynack berichtet, dass leider diesbezüglich noch keine Antwort vom Ministerium vorliegt.

- Gilt als behandelt -

TOP 16:

Entgeltfestsetzung der FTZ für das Jahr 2024

- Vorlage 569/XIX

Beschluss:

Die Entgelte für freiwillige Leistungen der FTZ und Einheiten des Katastrophenschutzes des Landkreises Hildesheim, werden wie sie sich aus der Anlage zur Vorlage ergeben, festgesetzt. Die Neufestsetzung tritt am 15.03.2024 in Kraft. Gleichzeitig wird die die Entgeltfestsetzung von 2023 aufgehoben.

- einstimmig beschlossen -

TOP 17:

Nachtragshaushalt 2024 – hier Einrichtung eines Fachzuges Hochwasserschutz

- Antrag der Gruppe vom 22.01.2024

- Antrag 501/XIX

TOP 17.1:

Einrichtung eines Fachzuges Hochwasserschutz

Antrag der CDU-Fraktion vom 08.02.2024

- Antrag 511/XIX

TOP 17.2:

Verbesserung der Maßnahmen für den Hochwasserschutz

Antrag der Fraktion Die Unabhängigen und der FDP-Fraktion vom 12.02.2024

- Antrag 514/XIX

Vors. KTA Ehrig legt dar, dass in der Sitzung des Kreisausschusses am 11.03.2024 einstimmig ein geänderter Beschlussvorschlag (sh. unten) gefasst worden sei. Da es keinen weiteren Diskussionsbedarf gibt, lässt er über diesen anstimmen.

Beschluss:

Es werden die erforderlichen Mittel für die Aufstellung eines Fachzuges Hochwasserschutz im Rahmen des Haushaltes 2024 bereitgestellt. Falls keine Mittel im Haushalt 2024 vorhanden sind, ~~müssen~~ **sollen** (**Änderung lt. KA Beschluss vom 11.03.2024**) diese im Nachtragshaushalt 2024 bereitgestellt werden. Die Verwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Kreisbrandmeister und seinem Stellvertreter, die erforderlichen Ausschreibungen für die technische Ausstattung des Fachzuges Hochwasserschutz vorzunehmen.

Zusätzlich ist dem Ausschuss für Verkehrssicherheit, Verbraucher- und Bevölkerungsschutz (A3) möglichst kurzfristig ein Entwurf vorzulegen.

Zudem wird die Verwaltung beauftragt, in Gesprächen mit den Städten und Gemeinden die Unterbringung der erforderlichen Fahrzeuge zu klären. Die Verwaltung wird beauftragt, Fördermöglichkeiten aus Bundes- oder Landesmitteln zu eruieren und ggf. zu beantragen.

-einstimmig beschlossen -

TOP 18:

Kita-Vertrag im Haushaltsjahr 2024 -Erhöhung der Auszahlung von Pauschalen für Bauunterhaltung - Vorlage 604/XIX

KTA Stuke bemängelt, dass die Defizite aus der Wahrnehmung der Kinderbetreuungsaufgaben bei den Städten und Gemeinden bei rund 50 Millionen Euro liegen. Herr Stuke ist der Ansicht, dass man das Land in die Pflicht nehmen muss, die Finanzhilfen des Landes sind viel zu gering. Er bittet den Landrat dies weiter zu verfolgen.

LR Lynack verkündet daraufhin, dass die Landkreisversammlung des NLT getagt hat, dort ist ein Positionspapier zur finanziellen Situation der Landkreise in Niedersachsen verabschiedet wurde. Herr Lynack berichtet ferner, dass die Kosten der Kindertagesbetreuung am Konnexitätsprinzip vorbei auf die Kommunen abgewälzt wurden. Bund und Land sind nun aufgefordert worden, zu einer auskömmlichen Finanzierung zu kommen. Es sollen nun alle drei Spitzenverbände gemeinsam gegenüber dem Land die Position der Kommunen vertreten.

KTA Prior wünscht sich eine Anpassung der drei Verträge, einmal die Regelung zur Förderung der Kindertagesstätten; Tagesmütter und Investitionskosten; Zuschüsse der Preisentwicklung. Die Aufwendungen des Landkreises sind im Vergleich zu den Gemeinden erheblich gestiegen. Herr Prior ist der Meinung, dass der Bund der dieses Bundesgesetz geschrieben hat auch die Mittel zur Verfügung stellen muss. Der Landkreis hat wenig Möglichkeiten die Mehrkosten aufzubringen, da er keine Schlüsselzuweisungen bekommt. Er fordert, dass diese exorbitante Kostensteigerung nicht länger den Kommunen aufgebürdet werden kann. Man sollte an den Verträgen etwas ändern um eine bessere Entlastung der Gemeinden herbeizuführen.

KTA Flohr teilt die Problematik und aus Sicht der Mehrheitsgruppe wird dem Antrag zugestimmt.

Beschluss:

Die mit Vorlage 361/XIX beschlossene Pauschale für Bauunterhaltung wird für das Haushaltsjahr 2024 einmalig um 1.200.000 € erhöht und der damit insgesamt bestehende Ansatz i.H. v. 2.000.000 € nach dem bewährten Schlüssel der im Rahmen der Kita-Bedarfsplanung zum 01.10.2023 gemeldeten Plätze in Kindertageseinrichtungen an alle kreisangehörigen Kommunen innerhalb des Kita-Vertrages entsprechend anteilig ausgezahlt. Entsprechende Haushaltsmittel des Amtes 407 aus dem Vorjahr werden im Rahmen der Rückstellung als Deckung zur Verfügung gestellt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 19:

Unterrichtung über Eilentscheidungen bei über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2023

- Vorlage 597/XIX

- Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen. -

TOP 20:

**OD Betheln, L 480 stationäre Geschwindigkeitsüberwachung und Verkehrszählung
- Vorlage 496/XIX**

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

TOP 20.1:

OD Betheln, L 480 stationäre Geschwindigkeitsüberwachung und Verkehrszählung

- Vorlage 496/XIX - 1

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

KTA Schmidt weist darauf hin, dass im Ausschuss für Umwelt, Natur, Sicherheit und Ordnung am 12.08.2021 folgender einstimmiger Beschluss gefasst worden sei: In der Ortsdurchfahrt Betheln soll eine dauerhafte Geschwindigkeitsmessung und eine Verkehrszählung durchgeführt werden: möglichst in der Zeit vom 03.09.2021 bis zum 04.10.2021 in beide Fahrtrichtungen, Bereich L480, Bethelner Hauptstraße. Dabei ist darauf hinzuwirken, dass eine differenzierte Erfassung nach Fahrzeugarten erfolgt. Die jeweiligen Ergebnisse der o.g. Maßnahmen sind ggf. in einer Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt, Natur, Sicherheit und Ordnung vorzustellen, um in der aktuellen Wahlperiode eine weitere Beratung und ggfs. Beschlussfassung im Kreisausschuss oder Kreistag hinsichtlich dauerhafter verkehrsrechtlicher Anordnungen zu ermöglichen.

Nunmehr liege eine Informationsvorlage vor, der zu entnehmen sei, dass alle 6-8 Wochen mit einer mobilen Anlage gemessen werden solle. Eine Beschlussvorlage stehe noch immer aus. Im Herbst würden nach den angekündigten Messintervallen mindestens 4 Messzyklen vorliegen. Diese würden dann genauere Erkenntnisse darüber bringen, ob es zu signifikanten Geschwindigkeitsüberschreitungen komme. KTA Schmidt schlägt vor, diese Messergebnisse in der Sitzung des Ausschusses 3 am 22.10.2024 vorzustellen und ggf. eine Beschlussvorlage über eine dauerhafte verkehrsrechtliche Anordnung vorzulegen.

TOP 21:

Annahme, Einwerbung und Vermittlung von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen

- Vorlage 608/XIX

Beschluss:

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 2.518,05 Euro für die Michelsenschule Hildesheim durch den Verein alter Hildesheimer Michelsenschüler e. V. (VaH) wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 7.081,85 Euro für die Michelsenschule durch den Förderverein für die Michelsenschule e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spenden in Höhe von insgesamt 4.939,26 Euro für das Gymnasium Himmelsthür durch den Förderverein für das Gymnasium Himmelsthür e. V. wird zugestimmt.

Der Annahme der Spende in Höhe von insgesamt 3.600,00 Euro für die Erich-Kästner-Schule Alfeld durch die Bürgerstiftung Alfeld wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 22:**Mitteilungen der Verwaltung**

EKR Frau Wißmann informiert, dass es eine Informationsvorlage zum Thema Weiterführung des Deutschlandtickets gab, zu dieser gibt es eine kleine Änderung. Es wurde mitgeteilt, dass die finanziellen Mittel bis zum 31.08.2024 vorliegen. Neu ist jetzt, dass das Land die finanziellen Mittel bis zum 31.12.2024 bereitstellt. Für das Jahr 2025 gibt es noch keine Finanzierungsaussagen zum Deutschlandticket.

TOP 23:**Anfragen**

Es liegen keine Anfragen vor.

Datum: 04.06.2024

Ehrig
Vorsitzender

Lynack
Landrat

Friede
Protokollführung